

***Orientierung in schwierigen
Zeiten – für ein erfolgreiches
Deutschland und Europa.***

Beschluss des 29. Parteitags der CDU Deutschlands

CDU

Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa

In weniger als zehn Monaten findet die Wahl zum nächsten Deutschen Bundestag statt. Mit dem 29. Parteitag in Essen eröffnen wir die Diskussion darüber, wie wir in der Zeit von 2017 bis 2021 unser Land und Europa voranbringen wollen. Unser Angebot richtet sich an alle Menschen in unserem Land, denn wir sind die Volkspartei CDU.

Dieser Antrag beschreibt den Rahmen und die Grundsätze für unser gemeinsames Wahlprogramm, das wir im Frühjahr mit den Mitgliedern von CDU und CSU sowie den Bürgerinnen und Bürgern in einem offenen Prozess diskutieren und danach verabschieden wollen. In Vorbereitung darauf werden wir auf dem Essener Parteitag ausgewählte Politikbereiche vertieft erörtern, die für die politische Arbeit der nächsten Jahre von besonderer Bedeutung sind.

Im Anschluss an den Parteitag werden wir bis zum Frühjahr konkrete Vorschläge erarbeiten und dabei in besonderer Weise die Arbeit der Bundesfachausschüsse und die Ergebnisse unserer Deutschlandkongresse berücksichtigen, die wir gemeinsam mit der CSU zu den großen Themen unserer Zeit durchgeführt haben.

Wo wir stehen:

CDU und CSU tragen seit über einem Jahrzehnt gemeinsam Führungsverantwortung für die Politik in Deutschland. Es waren und sind gute Jahre für unser Land. Wir haben die Arbeitslosigkeit halbiert, es sind vier Millionen Arbeitsplätze zusätzlich entstanden, wir haben die Politik des Schuldenmachens beendet, die Systeme der sozialen Sicherheit stabilisiert und die Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Zukunft enorm gesteigert. Erstmals seit Jahren sind die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern wieder deutlich über die Inflationsmarke gestiegen. Vier Jahre lang keine neuen Schulden und keine neuen Steuern, dieses Versprechen aus dem letzten Wahlkampf haben wir eingelöst. Deutschland gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern weltweit, unsere Wirtschaft wächst und Arbeitsplätze entstehen. Dies schafft auch neue Spielräume im Haushalt.

Weil die Erfolge unserer Politik sichtbar sind, vertrauen viele Menschen auch für die Zukunft auf die Verlässlichkeit und die Gestaltungskraft unserer Politik. Wir wollen in dieser Zeit Orientierung und Führung geben, den Wandel aktiv gestalten und so verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Auf dieser Basis werben wir bei allen Bürgerinnen und Bürgern um ein neues und starkes Mandat bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern mischt sich in die Freude über das Erreichte Sorge. Krisen und Entwicklungen in unserer europäischen Nachbarschaft und anderen Regionen weltweit beunruhigen viele. Dazu gehören die Krise in der Ukraine, der Zusammenbruch ganzer Staaten im Mittleren und Nahen Osten und in Afrika, der Krieg in Syrien und die dadurch ausgelöste Flüchtlingsbewegung nach Europa, das Erstarken des islamistischen Terrorismus, der Putschversuch in der Türkei und seine besorgniserregenden innenpolitischen Folgen. Der Ausgang des Referendums über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, Verlauf des amerikanischen Wahlkampfs sowie die Beschleunigung der Globalisierung und das Tempo der digitalen Veränderung werfen zusätzliche Fragen und Unsicherheiten auf.

In Zeiten, in denen die Probleme der Welt immer komplexer werden und näher an Deutschland heranrücken, haben scheinbar „einfache“ Lösungen in vielen Ländern Konjunktur. Populismus, Abschottung nach außen, Protektionismus und die Spaltung der eigenen Gesellschaft sind aber keine Antworten auf die drängenden Probleme von Gegenwart und Zukunft. Sie haben bisher noch nie und nirgends funktioniert, sie gefährden den inneren und äußeren Frieden und vieles von dem, was in den letzten Jahren erreicht und geschaffen wurde. Die CDU ist eine Wertepartei. Sie wird sich solchen Bestrebungen entschieden widersetzen: Wir stehen für eine freie, offene, solidarische und pluralistische Gesellschaft, in der sich alle entfalten können, aber niemand zurückgelassen wird. Wir vertreten unsere Vorstellungen und Interessen, aber wir wissen, dass es nachhaltige Stabilität, Wohlstand und Sicherheit nur gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern geben kann. Unsere Verantwortung besteht wie schon in den vergangenen Jahren darin, Orientierung zu geben und konkrete Lösungen zu erarbeiten und sie erfolgreich umzusetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eines der freiesten, wohlhabendsten und sichersten Länder der Welt. Diese Entwicklung wurde möglich auf der Grundlage von Prinzipien und Überzeugungen, die für uns unveräußerlich und unverzichtbar sind:

- die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
- die Bejahung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats,
- das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft,
- die Mitgliedschaft in der Europäischen Union,
- das transatlantische Bündnis und die Mitgliedschaft in der NATO,
- das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels.

Diese Prinzipien und Überzeugungen ergeben sich aus unserem christlichen Menschenbild. Sie beanspruchen Geltung aber nicht nur für uns, sondern für alle hier lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Bekenntnis. Denn sie sind die Staatsraison unseres Landes.

I. Wohlstand, Arbeit und soziale Sicherheit für alle

Wir wollen unseren Wohlstand erhalten, ausbauen und für alle möglich machen. Dies schaffen wir nur mit nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum, mit Investitionen und mit neuen Arbeitsplätzen.

Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode keine neuen Schulden machen. Wir schließen Steuererhöhungen grundsätzlich aus, insbesondere auch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer und eine Einführung der Vermögensteuer. Finanzielle Spielräume, die wir unter anderem durch Steuermehreinnahmen erhalten, werden wir zu je einem Drittel

- für Investitionen in Infrastruktur und zur Förderung von Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen,
- zur Steuersenkung vor allem von Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie

- zur Finanzierung von notwendigen Ausgabensteigerungen, zum Beispiel zur Erfüllung unserer außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben, und zur Schuldentilgung nutzen.

Deutschland hat die industrielle Basis seiner Wertschöpfung auch im Zeitalter der Globalisierung erfolgreich verteidigt und bewahrt. Grundlage dieses Erfolgs war neben guter Politik das verantwortungsvolle und weitsichtige Handeln der Sozialpartner. Die hohe Tarifbindung in den Branchen der Industrie sichert gute Löhne und Arbeitsbedingungen und überwiegend sozialversicherte Arbeitsplätze. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen. Alte und neue Industrien und Gewerbe haben gleichermaßen ihren Platz in unserem Land. Wir wollen geschlossene Wertschöpfungsketten erhalten und kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Dies gilt insbesondere auch für die Stahlindustrie, die sich derzeit weltweit unfairen Praktiken ausgesetzt sieht.

Wenn wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen, müssen wir den dazu erforderlichen Fachkräftebedarf auch bei kleiner werdenden Geburtsjahrgängen sichern. Wir setzen dabei auf weiter zunehmende Beschäftigung von Frauen, höhere Erwerbsquote älterer Menschen sowie auf den gesteuerten Zuzug von Fachkräften vorrangig aus, aber auch von außerhalb der EU. Gleichzeitig werden wir die Qualifizierung von Schülern und Jugendlichen verbessern und uns dabei noch stärker um die Schüler und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten kümmern. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer Lebenserfahrung für unsere Wirtschaft und Gesellschaft ein großer Schatz. Wir wollen für diejenigen, die dies wollen und können, die Möglichkeit zur freiwilligen Weiterarbeit (Vollzeit oder Teilzeit) erleichtern und attraktiver machen. Das Gesetz zur Flexirente war hierzu ein erster Schritt. Damit möglichst viele Menschen die Chance zur freiwilligen Weiterarbeit haben, wollen wir den Gesundheitsschutz und die Prävention verbessern. Nach der Bundestagswahl wollen wir die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Arbeitsmarktmigration ordnen, Widersprüche und unnötige Bürokratie beseitigen und sie in einem Gesetz zusammenführen.

Wir sind entschlossen, die Herausforderung der Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche anzunehmen und die darin für Deutschland liegenden Chancen zu nutzen. Hierzu gehört, dass wir die flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen und die Entwicklung eines neuen Mobilfunkstandards (5G) vorantreiben. Wir wollen die staatli-

chen Regeln so gestalten, dass neue und innovative Lösungen, etwa in den Bereichen des autonomen Fahrens, ziviler Drohnen, autodiagnostischer Gesundheitssysteme und der Industrie 4.0 in Deutschland erprobt und umgesetzt werden können. Dazu gehört die Möglichkeit, in Deutschland und Europa entstehende Datenmengen (Big Data) auch hierzulande besser zu analysieren und zu nutzen. Hierfür brauchen wir ein innovatives und zeitgemäßes Datenrecht.

Das Internet soll allerdings nicht dazu genutzt werden, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten begehen können. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen im Internet die gleichen Möglichkeiten, die ihnen auch bei der Strafverfolgung in anderen Bereichen zustehen. Eine Enthemmung der Sprache, die Verbreitung von Hass und Aufrufe zur Gewalt erfüllen viele Menschen mit Sorge. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare Kommentare müssen auf Verlangen von den Anbietern der Kommunikationsplattformen gelöscht und strafrechtlich verfolgt werden können. Für uns gilt: Wir wollen, dass hinter jeder Meinung ein Mensch steht und keine Maschine.

Leistungsfähiges Handwerk, Mittelstand, Familienunternehmen sind eine entscheidende Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unserer gesellschaftlichen Stabilität. Wir brauchen in Deutschland deshalb mehr Unternehmer und eine neue Kultur der Selbstständigkeit. Wer Arbeitsplätze mit sozialer Absicherung schafft, arbeitet nicht nur für seinen eigenen Erfolg, sondern dient dem Gemeinwohl unseres Landes. Dies verdient Anerkennung und Ermutigung und soll zur Nachahmung anregen. Deshalb bekennt die CDU sich zu Unternehmertum und Selbstständigkeit als einer wesentlichen Säule der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen jungen Menschen bei ihrem Schritt in die Selbstständigkeit helfen und die Wirtschaft in den nächsten Jahren noch weiter von unnötiger Bürokratie entlasten und vor neuen Regulierungen schützen. Wir werden auch dafür sorgen, dass in Deutschland wichtige Großvorhaben in angemessener Zeit und unter Einhaltung der veranschlagten Kosten realisiert werden können. Wir stehen für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland. Und wir werden die Möglichkeiten der Digitalisierung weiter dazu nutzen, in Deutschland die bürger- und unternehmerfreundlichste öffentliche Verwaltung Europas zu realisieren. Dazu werden wir unter anderem ein bundesweites Bürgerportal und schrittweise ein digi-

tales Bürgerkonto einrichten und dafür sorgen, dass der Austausch von Daten und Transaktionen durch unsere föderalen Strukturen von Bund, Ländern und Gemeinden nicht beeinträchtigt wird.

Wer heute jung ist, wird in seinem Leben verschiedene berufliche Herausforderungen erfahren und sich auch innerhalb des einmal gewählten Berufs ständig weiterentwickeln müssen. Der Reichtum unseres Landes liegt nicht in erster Linie in Bodenschätzen, sondern in der beruflichen Qualifikation, dem Fleiß und Einsatz unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie in ihrer Fähigkeit, sich schnell und flexibel auf neue Herausforderungen einzustellen. Darum beneiden uns viele andere Länder. Deshalb muss der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig ein wesentlich höherer Stellenwert zukommen. Dies gilt ausdrücklich auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund eigener Entscheidung weiterhin in den Arbeitsprozess einbringen möchten.

Unser Ziel besteht weiterhin darin, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland herzustellen, auch wenn wir wissen, dass es immer Unterschiede je nach Region und Wirtschaftskraft geben wird. Für eine gedeihliche Entwicklung unseres Landes ist es von großer Bedeutung, dass wir ländliche Regionen und großstädtische Verdichtungsräume nicht gegeneinander ausspielen, sondern in beiden Bereichen gleichermaßen für Lebensqualität und angemessene Infrastruktur sorgen. Dies betrifft zum Beispiel ausreichende Bildungsangebote und medizinische Versorgung, die auch in weniger dicht besiedelten Räumen mit alternder Bevölkerung eine Voraussetzung zur Schaffung neuer Entwicklungsperspektiven sind. Der technische Fortschritt und der Fortgang der Digitalisierung können erheblich hierzu beitragen.

Mit einer florierenden Wirtschaft erhalten wir auch die Grundlagen unseres Systems der sozialen Sicherheit. Unser Gesundheits- und Pflegesystem gehört zu den besten in der Welt. Das Einkommen der allermeisten Rentnerhaushalte ermöglicht ein gutes Auskommen. Weniger als vier Prozent sind auf zusätzliche Leistungen der Grundsicherung zur Vermeidung von Altersarmut angewiesen. Wir wollen, dass dies auch künftig so bleibt. Dazu werden wir unser Gesundheits- und unser Rentensystem in die Lage versetzen, die Herausforderungen der demografischen Entwicklung (höherer Anteil älterer und hochbe-

tagter Menschen) zu meistern, ohne dass die Beiträge in unzumutbarem Maße steigen. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns auch in Zukunft eine tragende Säule. Für die nächste Wahlperiode werden wir insbesondere die betriebliche und die private Altersvorsorge weiter reformieren und stärken. Bei allen Reformschritten werden wir die soziale Situation auch der Frauen im Blick behalten. Generell gilt: Wer im Laufe seines Arbeitslebens Eigentum, insbesondere Wohneigentum erworben hat, ist weniger von Altersarmut betroffen. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen hierfür verbessern.

II. Familien und gesellschaftliche Mitte stärken

Die CDU ist und bleibt die Familienpartei. Für uns ist die Familie das Fundament der Gesellschaft. Wir haben Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut und finanzielle Leistungen für Familien verbessert. Derzeit werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren, weil unser Land kinderfreundlicher geworden ist und sich mehr Menschen zur Gründung einer Familie entschließen. Diese positive Entwicklung werden wir ermutigen und unterstützen. So werden wir zum Beispiel das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen. Unsere Unterstützung gilt für die vielen Familien einschließlich der Alleinerziehenden, die sich oftmals besonderen Problemen gegenübersehen. Die bessere Förderung von Kindern und Familien wird ein Schwerpunkt unserer Politik in der nächsten Wahlperiode sein.

Jungen Menschen, die sich zur Gründung einer Familie und zur Erziehung von Kindern bekennen, wollen wir dabei helfen, indem wir Unterstützungs- und Leistungsangebote weiter ausbauen und ihnen so ermöglichen, Ausbildung, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Neben dem Staat sind hier insbesondere auch Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert. Gerade Eltern mit kleinen Kindern wünschen sich oft mehr Zeit, die sie gemeinsam in der Familie verbringen können, und eine gleichberechtigte Verantwortung beider Elternteile sowohl für Erwerbstätigkeit als auch für Familienaufgaben. Wir wollen die Vielfalt der Familienmodelle in Deutschland fördern und Familien darin unterstützen, selbst entscheiden zu können, wie sie die Verantwortung beider Elternteile – für den Einkommenserwerb und für Familienaufgaben – aufteilen. Wir stehen deshalb für eine echte Wahlfreiheit der Eltern bei der Erziehung von Kindern.

Wir wollen jungen Familien mehr als bisher bei der Bildung von Vermögen und Eigentum helfen. Dies ist der beste Schutz gegen spätere Altersarmut und soziale Bedürftigkeit. Wir werden insbesondere prüfen, was getan werden muss, damit solche Familien mehr als bisher die tatsächliche Chance zum Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums haben. Dabei nehmen wir alle verfügbaren Instrumente in den Blick, wie zum Beispiel Baukindergeld, steuerliche Förderung oder zeitlich gestreckte Amortisation von Energieeffizienz-Maßnahmen.

Das Entstehen einer breiten und vitalen Mittelschicht aus gut ausgebildeten Facharbeitern, Angestellten, Beamten und Selbstständigen gehört zu den großen Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland, die sich in anderen Ländern häufig so nicht wiederfindet. Die gesellschaftliche Mitte ist gleichzeitig Leistungsträger und Stabilitätsanker für unser Land. Sie wollen wir stützen und stärken. Dank unserer sozialen Sicherungssysteme können sich die Menschen auf Unterstützung bei Alter, Krankheit und herausfordernden Lebenslagen verlassen.

Alle jungen Menschen sollen ungeachtet von Herkunft und Elternhaus die Chance zu persönlicher Entfaltung und sozialem Aufstieg haben. Jedes Jahr verlassen über 40 000 junge Menschen ohne Abschluss unsere Schulen. Jeder einzelne ist einer zu viel. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die Probleme benachteiligter Jugendlicher frühzeitig schon in Kindergärten und Grundschulen in den Blick nimmt, so wie wir dies bei der frühkindlichen Sprachförderung bereits erfolgreich getan haben. Nur wenn das staatliche Bildungsangebot anspruchsvoll und leistungsorientiert ist, haben alle gute Chancen. Wenn der Staat dagegen Standards absenkt und unter Bildung den anstrengungslosen Erwerb von entwerteten Abschlüssen durch jedermann versteht, dann ist Bildungserfolg von der Herkunft abhängig, weil sich bildungsorientierte Familien die notwendigen Angebote privat dazu kaufen.

III. Zusammenhalt und Identität stärken

Gerade weil wir in einer Welt ständigen Wandels leben, wollen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Wir wollen eine Gesellschaft sein, die von gegenseitigem Respekt und Rücksicht getragen ist. In der jeder die Chance hat, etwas zu errei-

chen und sich etwas aufzubauen, wenn er dies will und bereit ist, dafür hart zu arbeiten: Diejenigen, die immer schon hier waren, Spätaussiedler und diejenigen, die selbst oder deren Eltern in den vergangenen Jahrzehnten als Gastarbeiter, Zuwanderer oder Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes – unsere Leitkultur in Deutschland –, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein- und demselben Land leben und eine Schicksalsgemeinschaft sind. Neben den bereits genannten Prinzipien gehören hierzu auch die Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Ganz sicher aber auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist.

Unsere Antwort auf Globalisierung sind auch starke Kommunen. Sie machen Deutschland stark. Unsere Antwort auf Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektiven. „Sicherheit“ umfasst alle Lebensbereiche. Wir wollen sicher leben, wohnen, arbeiten, lernen. In Krisenzeiten haben die Kommunen bewiesen, dass sie die Probleme vor Ort lösen: Bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist in den Kommunen angepackt worden. Auch die Integration wird nur vor Ort gelingen.

Die Religionsfreiheit gehört zu Deutschland. Unsere christlich-jüdische Geschichte ist Teil unserer Identität. Dazu gehört: Staatliches Recht hat Vorrang vor religiösen Regeln. Der Dialog der Religionen stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Ausübung des muslimischen Glaubens ist in Deutschland selbstverständlich möglich und geschützt, aber den Missbrauch des Islam für Hass, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung lehnen wir gemeinsam mit allen friedlichen Muslimen ab. Moscheen, in denen Gewalt und Hass gepredigt wird, müssen beobachtet und dann geschlossen werden. Imame sollen in Deutschland ausgebildet werden. Politisch-religiöse Einflussnahmen aus dem Ausland lehnen wir ab und werden wir künftig noch konsequenter unterbinden. Hassprediger müssen mit der Härte des Gesetzes verfolgt und abgeschoben werden.

Beim Entstehen und Erhalt dieses gesellschaftlichen Zusammenhalts kommt neben der Familie der Schule und den übrigen Bildungseinrichtungen eine besondere Aufgabe zu. Schule hat neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Junge Menschen verbringen viel Zeit in Kitas, Schulen, Ganztags- oder Nachmittagsbetreuung. Dies müssen wir verstärkt nutzen, um ihnen die wesentlichen Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zu vermitteln, außerdem Toleranz, gegenseitigen Respekt, Solidarität, Leistungsbereitschaft und Verantwortung.

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Parteien und Verbänden ist in Deutschland traditionell stark ausgeprägt. Millionen Menschen engagieren sich jeden Tag sozial und ehrenamtlich, treiben gemeinsam Sport und Kultur, musizieren und singen. Bürgerinnen und Bürger übernehmen vor Ort Verantwortung für die Gemeinschaft, schaffen Sicherheit und geben Orientierung. Diese ehrenamtlichen Strukturen leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt unserer unverwechselbaren Identität, die von Vielfalt und Einheit gleichermaßen gekennzeichnet ist. Indem wir uns zum ehrenamtlichen Engagement bekennen und die Voraussetzungen dafür verbessern, ermuntern wir insbesondere junge Menschen zum Dienst an der Allgemeinheit. Deshalb wollen wir auch erreichen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund mehr als bisher in diese Strukturen einbringen. Damit erleichtern wir ihnen die Integration, stärken das ehrenamtliche Engagement und leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Obwohl Deutschland sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder neuen Herausforderungen stellen musste, obwohl die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen ist und die Globalisierung an Geschwindigkeit und Tiefe zugenommen hat, ist unsere nationale Identität in dieser Zeit nicht schwächer, sondern stärker geworden. Gerade junge Menschen identifizieren sich heute in selbstverständlicher Weise mit Deutschland, ohne Überheblichkeit oder Ausgrenzung gegenüber Menschen anderer Länder und Ethnien. Es ist ein Anliegen der CDU, dass dies auch künftig so bleibt.

IV. Sicher und frei leben

Wir haben in Deutschland gleichzeitig ein hohes Maß an Freiheit und an Sicherheit realisiert: Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir

wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause in der eigenen Wohnung, auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht.

Die CDU ist seit jeher die Partei der inneren Sicherheit. Das Eintreten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Anerkennung und der Respekt für alle, die in den Kommunen, im Land und im Bund insbesondere bei Polizei und Sicherheitsbehörden dafür arbeiten, sind uns wichtig. Wir werden die vor Ort arbeitenden Sicherheitspartnerschaften stärken. Wir werden unsere Sicherheitsbehörden und die Justiz durch mehr Personal, bessere Ausstattung und ausreichend Befugnisse weiter stärken und in die Lage versetzen, auch mit neuen Herausforderungen erfolgreich umzugehen. Dies betrifft die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen wie auch die Internet- und Wirtschaftskriminalität. Wir bekämpfen die Organisierte Kriminalität ebenso wie Terrorismus und Islamismus, Gewalt gegen Personen und Vandalismus gegen Sachen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel für die Sicherheit in Deutschland erreicht: Die Sicherheitsbehörden des Bundes werden in beispielloser Weise gestärkt. Wir haben die Anti-Terror-Gesetze verlängert und weitere Gesetze verschärft. Rechtsextreme und islamistische Vereinigungen wurden verboten. Die Zahl der Ermittlungen gegen mutmaßliche Terroristen ist so hoch wie nie. Auch durch die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten unserer Partner sowie durch die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden wurden Terroranschläge in Deutschland verhindert. Wir haben Sicherheitsabkommen und Polizeiverträge mit vielen Staaten und unseren Nachbarn geschlossen. Mit dem Gesetz zur Vermögensabschöpfung treffen wir die Organisierte Kriminalität da, wo es den Hintermännern am meisten wehtut: beim Geld. Mithilfe eines Sonderprogramms unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie ihre Wohnungen vor Einbruch schützen.

Dennoch bleiben weitere Herausforderungen, um die innere Sicherheit weiter zu stärken. Wir wollen, dass Angriffe auf unsere Polizei, Justizbedienstete und Rettungskräfte härter bestraft werden. Bei Wohnungseinbruch soll der sogenannte minderschwere Fall wegfallen. Die Mindeststrafe wird auf ein Jahr erhöht. Dann kann auch Telekommunikationsüberwachung eingesetzt werden. Für vielfache Wiederholungstäter zum Beispiel bei Gewalt, Diebstahl oder Dealerei braucht es zügige Verfahren und gesetzliche Mindeststrafen. Die Bundespolizei wird Kennzeichenlesegeräte bekommen. Unsere Polizisten sollen durch

Body-Cams und die notwendige Ausstattung besser geschützt werden. An öffentlichen Plätzen und in Einkaufszentren wollen wir mehr Videoüberwachung einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können. Mithilfe moderner Technik wollen wir öffentliche Fahndungen wirksamer machen, zum Beispiel durch Gesichtserkennung.

Wer für den sogenannten Islamischen Staat oder eine andere terroristische Miliz kämpft und mordet, soll seine deutsche Staatsbürgerschaft verlieren, wenn er noch eine weitere Staatsbürgerschaft hat. Die Sympathiewerbung für kriminelle oder terroristische Vereinigungen soll wieder strafbar werden.

Bei alledem verdienen und brauchen unsere Sicherheitsbehörden, auch die Nachrichtendienste, Respekt und Anerkennung.

Nur mit einer schnellen und konsequenten Justiz wird die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats sichergestellt.

Aggressive Machtpolitik, politische Instabilitäten, Bürgerkriege und der internationale Terrorismus erschüttern die Peripherie Europas. Dies wirkt unmittelbar auf uns ein: Der Terror sucht seine Ziele in unseren Städten, Extremisten rekrutieren im Cyberraum Terroristen und versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Gleichzeitig suchen Hunderttausende Flüchtlinge ihr Heil vor Repression, Krieg und Zerstörung in der Flucht zu uns nach Europa.

Deutschland ist als weltoffenes, tolerantes und international vernetztes Land von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Wir treten dafür ein, unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Interessen ohne Abstriche zu verteidigen. Deswegen werden wir an einer engagierten und aktiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik festhalten. Bündnissolidarität, Prävention und Vernetzung sind ihre Markenzeichen.

Die Bundeswehr ist ein entscheidendes Instrument deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir werden sie darum konsequent stärken. Hierzu werden wir die Ausgaben für Verteidigung in den nächsten Jahren weiter erhöhen, um die personelle und materielle

Ausstattung der Bundeswehr weiter zu verbessern und den neuen Herausforderungen im Bereich Cyber und Digitalisierung zu begegnen.

Äußere und innere Sicherheit sind kaum mehr zu trennen. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die besonderen Fähigkeiten der Bundeswehr, wenn nötig, zur Unterstützung der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zum Einsatz kommen.

Die Angehörigen der Bundeswehr sind in den vergangenen Jahren gefordert worden wie selten zuvor. Sie haben eindrucksvoll ihre Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung und ihre zahlreichen Einsätze erfüllt. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind jedoch nur dann nachhaltig, wenn sie durch internationale Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Investitionen flankiert werden. Diesen Ansatz gilt es weiter konsequent zu entwickeln.

Europa muss künftig mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen. Dafür müssen wir die militärischen Fähigkeiten Europas stärken und besser strukturieren. Denn nur so lässt sich die Stärke der EU – die Bündelung ziviler und militärischer Mittel – voll zur Geltung bringen. Wir werden deshalb zusammen mit unseren Partnern eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion durch konkrete Schritte weiter voranbringen.

Dies stärkt auch die NATO und ist zugleich ein wichtiger Beitrag zu einer gerechteren Lastenteilung innerhalb der Allianz. NATO und EU stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Im Gegenteil: Sie ergänzen sich. Für uns bleibt die NATO der unverzichtbare Garant europäischer Sicherheit und der Anker transatlantischer Partnerschaft.

V. Flüchtlinge und Integration

Im vergangenen Jahr sahen sich Deutschland und Europa der größten Flüchtlingsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber. Die Grundlagen unserer Flüchtlings- und Integrationspolitik haben wir in einem Beschluss von CDU und CSU vom 1. November 2015 und in einem ausführlichen Beschluss des Bundesparteitags von Karlsruhe festgelegt. Diese Beschlüsse sind unverändert gültig und auch künftig die Leitschnur unseres politischen Handelns.

Deutschland hat im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen in Not aufgenommen und ihnen geholfen. Gleichzeitig haben wir hart dafür gearbeitet, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, indem wir Fluchtursachen und illegale Menschenschleusung bekämpft haben. Rund ein Jahr später können wir feststellen, dass unsere Politik erfolgreich war:

- Der Vormarsch des IS in Syrien und im Nordirak wurde auch mit deutscher Hilfe gestoppt, inzwischen konnten insbesondere im Irak Tausende von Flüchtlingen in ihre Heimat zurückkehren, aus der sie zuvor vertrieben worden waren.
- Die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei, in Jordanien und im Libanon hat sich erheblich verbessert. Die Nahrungsmittelversorgung durch das Welternährungsprogramm wurde wieder auf das ursprüngliche Niveau angehoben, die Flüchtlinge dürfen erstmals legal arbeiten und rund 900 000 Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter erhalten nach und nach Schulunterricht.
- Durch den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens ist die Aktivität der Schlepper und Schleuser an der türkischen und griechischen Küste erheblich zurückgegangen. Statt täglich bis zu 7000 Flüchtlinge wie im Oktober 2015 kamen seit April dieses Jahres im Durchschnitt etwa 100 Flüchtlinge pro Tag von der Türkei nach Griechenland.
- Die Balkanroute wurde von den Anrainer-Staaten geschlossen.
- Schutz und Kontrolle der europäischen Außengrenzen werden derzeit erheblich ausgebaut. Solange dies noch nicht abgeschlossen ist, werden wir die Grenzkontrollen auf nationaler Basis lageangepasst fortsetzen und gegebenenfalls intensivieren.
- Die Reform der Dublin-Verordnung wurde auf den Weg gebracht.
- Die CDU setzt sich auch für die Einführung eines europäischen Ein- und Ausreiseregisters sowie für die Einführung eines europäischen Einreisystems für nicht visumpflichtige Drittstaatsangehörige, das sogenannte ETIAS (European Travel Information System), ein.

- Wir arbeiten an einer europaweiten Vereinheitlichung von Asylverfahren und -entscheidungen – einschließlich einer Harmonisierung der Sozialstandards.
- Wir halten die Einrichtung von Transitzone für ein geeignetes Mittel des Ordnen und Steuerns bei der Bearbeitung der Anträge von Flüchtlingen.

Alle diese Maßnahmen führen dazu, dass die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge drastisch zurückgegangen ist. Das soll auch so bleiben. Die Ereignisse des vergangenen Jahres dürfen sich nicht wiederholen. Zu diesem Zweck haben wir die beschriebenen Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene binnen kurzer Zeit ergriffen und werden – falls erforderlich – weitere Maßnahmen beschließen.

In unserem Land ist es dank der großartigen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Kommunen, in den Ländern und beim Bund sowie mit Hilfe von zigtausenden Ehrenamtlichen gelungen, die beispiellos große Zahl von Flüchtlingen zu steuern und zu ordnen. Die Zahl der Mitarbeiter wurde zu diesem Zweck drastisch erhöht, insbesondere beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Verfahren haben sich beschleunigt, für Neuankommende liegt die Verfahrensdauer inzwischen unter drei Monaten. Inzwischen sind alle Flüchtlinge registriert. Die Zahl der Entscheidungen pro Monat ist so hoch wie nie. Auch die Zahl derjenigen, die unser Land nach Ablehnung ihres Asylverfahrens freiwillig wieder verlassen oder abgeschoben werden, konnte deutlich erhöht werden.

Die Zahl der Ausreisepflichtigen wird in den kommenden Monaten weiter signifikant zunehmen. Wenn wir die Ausreisepflicht durchsetzen, vollziehen wir geltendes Recht – und genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger. Dafür bedarf es einer nationalen Kraftanstrengung. Nicht gegenseitige Schuldzuweisungen bringen uns vorwärts, sondern ein entschlossenes Miteinander: Der Bund, die Länder und die Gemeinden müssen bei der Rückführung von abgelehnten Bewerbern ohne Bleiberecht an einem Strang ziehen. So erhalten wir die Bereitschaft der Menschen in unserem Land, Schutzbedürftige bei uns aufzunehmen und diejenigen zu integrieren, die länger bleiben.

Dazu möchte die CDU Deutschlands folgende Punkte umsetzen:

- Mit großer Intensität werden wir uns nun der Situation in Afrika zuwenden. Durch Migrationspartnerschaften mit wichtigen Transitländern wie Mali und Niger, durch unsere Unterstützung bei der Bildung einer handlungsfähigen Regierung in Libyen und der Ertüchtigung der dortigen Küstenwache haben wir erste wichtige Schritte getan. Unser Ziel besteht darin, die illegale Migration aus afrikanischen Ländern, die vielfach nicht durch Verfolgung und Bürgerkrieg, sondern durch wirtschaftliche und soziale Not bedingt ist, erfolgreich zu bekämpfen und damit zu verhindern, dass Zehntausende weiterhin ihr Leben in Gefahr bringen. Zu diesem Zweck wollen wir weitere Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit afrikanischen Staaten abschließen. Dafür brauchen wir in Zusammenarbeit mit den internationalen Flüchtlings- und Migrationsorganisationen (IOM, UNHCR) Fluchtalternativen und Auffangmöglichkeiten „vor Ort“. Dies kann bedeuten, Menschen, die aus den Booten der Schlepper vor dem Ertrinken gerettet werden, zurück an die nordafrikanische Küste zu bringen und sie dort in Absprache mit den betreffenden Ländern, z. B. in regionalen Aufnahmezentren, zu versorgen. Es darf nicht sein, dass es die Schlepper und Schleuser sind, die darüber entscheiden, wer nach Europa kommt. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

- Die CDU begrüßt den Abschluss des Rückübernahmeabkommens mit Afghanistan. Dieses Abkommen soll konsequent und verantwortungsvoll umgesetzt werden.

- Zu oft scheitert der Vollzug der Ausreisepflicht an Abschiebungshindernissen. Wir wollen, wo notwendig, ergänzende Rechtsgrundlagen schaffen. Konsequente Abschiebungen führen auch zu mehr freiwilligen Ausreisen. Dazu wollen wir folgende Grundsätze möglichst rasch umsetzen:
 - Der Haftgrund für Abschiebehaft muss erweitert werden, wenn von dem Ausreisepflichtigen eine Gefahr ausgeht.

 - Die Möglichkeit für den Ausreisegewahrsam muss auf vier Wochen verlängert werden.

- Mit vollzogener Abschiebung erfolgt eine Wiedereinreisesperre. In diesen Fällen muss an der Grenze zurückgewiesen bzw. sofort erneut abgeschoben werden können.
- Wer falsche Angaben macht oder die Mitwirkung etwa bei der Identitätsfeststellung verweigert, muss den Status eines Geduldeten und die Erlaubnis zur Beschäftigung verlieren, Leistungen werden gekürzt; statt der Duldung gibt es nur noch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht. Das Asylverfahren ist beendet.
- Wer in dem Land, aus dem er vor Krieg oder Verfolgung geflohen ist, Urlaub macht, verliert seinen Asylstatus und der Reisepass wird entzogen.
- Die Zahl der Asylantragsteller ist aufgrund der Einstufung der Länder des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer sowie der beschleunigten Rückführung innerhalb kurzer Zeit um rund 90 Prozent gesunken. Im Gegenzug haben wir Perspektiven der legalen Arbeitsmarktmigration geschaffen. Wir fordern SPD und Grüne auf, im Bundesrat endlich der vom Bundestag bereits beschlossenen Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten zuzustimmen, um auch von dort die Migration reduzieren zu können. Denn gerade der Asylmissbrauch aus diesen nordafrikanischen Ländern untergräbt massiv die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylrecht für die wirklich Schutzberechtigten. Antragsteller, die aus einem sicheren Herkunftsstaat stammen, sollen grundsätzlich während des Verfahrens und bei negativem Bescheid nicht an die Kreise und Kommunen weiterverteilt werden. Ebenso müssen Leistungen entsprechend des geltenden Rechts während des gesamten Aufenthalts auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden. Außerdem erhält dieser Personenkreis keine Berechtigung zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen sowie keine Arbeitserlaubnis und Ausbildungserlaubnis. Der Ablehnung des Asylantrags darf in der Regel keine Duldung folgen, sondern nur die Bescheinigung der Ausreisepflicht.

Für diejenigen Flüchtlinge, die anerkannt sind und für eine bestimmte Zeit oder dauerhaft in Deutschland bleiben werden, wollen wir die Integrationsperspektiven verbessern. Wir

müssen in kurzer Zeit so viele Schutzbedürftige integrieren wie seit langem nicht in unserer Geschichte. Das erfordert großes Engagement und einen erheblichen Einsatz von Mitteln. Dazu gehören unverzichtbar das Erlernen unserer Sprache und wo immer möglich die Integration in den Arbeitsmarkt.

Um die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive zu verbessern, wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

- Arbeit ist wesentliche Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und somit zentraler Bestandteil einer gelingenden Integration. Dazu gehören Praktika, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze.
- Wir wollen die Kompetenzerfassung bei Flüchtlingen durch bundeseinheitliche Standards verbessern.
- Bei der Einstellung von Flüchtlingen muss es möglich sein, für ein Jahr vom ortsüblichen Lohn abzuweichen, sofern er den gesetzlichen Mindestlohn übersteigt.
- Für diejenigen ohne Ausbildung und Abschluss müssen wir die Möglichkeiten zur Qualifizierung erweitern. Dazu wollen wir die „3+2-Regelung“ auch auf Auszubildende ausdehnen, die das erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule absolvieren.
- Wir müssen die bürokratischen Hürden zur Ausstellung einer Arbeitserlaubnis reduzieren und die sofortige Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive, die einer Arbeitserlaubnis bedürfen, ermöglichen.
- Wo immer möglich sollen Arbeitsagentur, Jobcenter und Ausländerbehörde „unter einem Dach“ in sogenannten „gemeinsamen Plattformen“ arbeiten. Für jeden Vorgang soll es dabei einen einzigen Ansprechpartner geben, der die Abstimmung mit allen beteiligten Behörden intern koordiniert.

Wir haben das Integrationsgesetz verabschiedet und Länder und Kommunen mit insgesamt 7 Milliarden Euro unterstützt. Integration ist aber erst dann vollständig gelungen, wenn der Einsatz für die Gemeinschaft in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Ehrenamt

unter Zuwanderern genau so verbreitet ist, wie in der Gesamtbevölkerung auch. Gelingende Integration und Parallelgesellschaften schließen sich aus. Wir wollen deshalb Parallelgesellschaften verhindern. Wer sich der Integration verweigert und unsere Rechts- und Werteordnung missachtet, muss mit Sanktionen bis hin zu Leistungskürzungen und Ausweisung rechnen.

Die Diskriminierung oder Abwertung von Frauen oder Ethnien, von Andersgläubigen oder Homosexuellen akzeptieren wir genauso wenig wie Antisemitismus. Unsere Gesetze stehen über Ehrenkodex, Stammes- oder Familienregeln und der Scharia. Der Besuch der Schule und des Sportunterrichts ist Pflicht für Jungen wie für Mädchen. Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde müssen verhindert und konsequent geahndet werden. Unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen ebenso verbieten wie die Eheschließung mit Minderjährigen.

Die Aspekte der Migration sind vielfältig: Asylrecht, Flüchtlingschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, subsidiärer Schutz, legale Einwanderung. Damit verbunden sind die Fragen der Integration, des Aufenthalts- und Leistungsrechts bis hin zum Staatsangehörigkeitsrecht. Um alle diese Dimensionen der Einwanderung auf eine systematische, sachgerechte und politisch kluge Weise miteinander zu verbinden, wollen wir ein Dachgesetz schaffen.

Die Flüchtlings- und Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen vor Herausforderungen stellt. Sie beschäftigt auch die CDU in allen Organisationsebenen. Der Bundesvorstand wird in geeigneter Form ein Gremium schaffen, um den Meinungsaustausch und die politische Abstimmung zwischen den Ebenen in diesem wichtigen Politikfeld zu beschleunigen und zu bündeln.

VI. Europa stärken, gemeinsam Globalisierung gestalten

Die Europäische Union ist eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft und ein Raum der Freiheit und des Rechts. Sie ist die größte Errungenschaft des modernen Europas und sichert uns seit mehr als sechs Jahrzehnten Freiheit, Frieden und Wohlstand. Die CDU war,

ist und bleibt die Partei der Europäischen Idee. Deutschland ist und bleibt ein Stabilitätsanker in der Europäischen Union.

Deutschland ist allein nicht stark genug, um seinen Interessen in der Welt angemessenes Gehör zu verschaffen. Wir stehen vor Herausforderungen, die wir nur mit der Hilfe Europas bewältigen können. Deutsche Interessen und europäische Interessen sind kein Gegensatz. Sie bedingen sich gegenseitig. Wir brauchen ein funktionierendes Europa, um unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unseren sozialen Ausgleich zu erhalten.

Die Entscheidung der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union hat gezeigt, dass das Europäische Projekt verwundbar und noch lange nicht irreversibel ist. Deshalb werden wir mit aller Kraft dafür arbeiten, dass Europa seine Handlungs- und Leistungsfähigkeit bei der Lösung konkreter und wichtiger Probleme stärker unter Beweis stellt. Die EU war mit ihren Antworten auf die Krisen der Gegenwart zu oft nicht schnell und nicht konsequent genug. Deshalb muss sie bei den großen Herausforderungen wie zum Beispiel der Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen und der Vorbereitung auf den technologischen Wandel (digitaler Binnenmarkt) besser werden, damit der Mehrwert der Europäischen Integration gerade auch bei praktischen Fragen deutlich wird. Gleiches gilt für die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und der Lösung der Flüchtlingssituation. Sie sind Voraussetzung dafür, dass wir die Freizügigkeit im Schengen-Raum und den grenzenlosen Binnenmarkt dauerhaft erhalten können. Gerade mit Blick auf den Wahlausgang in den USA muss Europa stärker in der Lage sein, aus eigener Kraft für Frieden und Stabilität in seiner Nachbarschaft im Osten und Süden sorgen zu können.

Zu den Konstanten unserer erfolgreichen Politik gehört das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft gründet auf der Überzeugung, dass alle Akteure der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung verantwortlich handeln sollen und müssen. Der Staat setzt dafür einen Ordnungsrahmen, das heißt die Leitplanken. So haben sich in Deutschland die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften und die Mitbestimmung genauso bewährt, wie das Kartellrecht zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs zwischen Unternehmen und die Selbstverwaltung der sozialen Sicherungssysteme. Durch die immer stärkere Verflechtung der wirtschaftlichen Produktion von Gütern in internationalen Lieferketten, die effizienten Transportmöglichkeiten und des ungehin-

derden Austauschs von Daten durch die voranschreitende Digitalisierung beschleunigt sich die Globalisierung aller wirtschaftlichen Vorgänge. Bestes Beispiel hierfür ist der Binnenmarkt innerhalb der Europäischen Union. Von ihm profitieren alle Mitgliedstaaten. Am Anfang stand die Freizügigkeit von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen, aber schon bald gab es auch europarechtlich gesicherte Arbeitnehmerrechte, vergleichbare Standards im Umweltrecht und im Verbraucherschutz. Jetzt arbeiten wir auch am Aufbau eines digitalen Binnenmarktes. Abgesehen von den unterschiedlichen Sozialstandards und Steuerregelungen haben wir so auf der Grundlage gleicher Werte und ordnungspolitischer Vorstellungen einen großen Wirtschaftsraum geschaffen, der nicht nur den einzelnen Ländern und Unternehmen, sondern vor allem 500 Millionen EU-Bürgern unmittelbar zugutekommt.

Auf globaler Ebene stehen wir derzeit noch am Anfang einer Entwicklung, die in Europa bereits vor 60 Jahren begonnen und zu enormen Wohlstandsgewinnen geführt hat. Über reine Zollabkommen hinaus wurden multilaterale Organisationen und Abkommen zur Finanzmarktregulierung geschaffen. Bilaterale Handelsabkommen werden mehr und mehr ergänzt und ersetzt durch regionale Handelsabkommen, wie zum Beispiel TPP, CETA und TTIP. Nur so ist es möglich, den Mehrwert der Globalisierung allen Ländern und Menschen zugutekommen zu lassen. Unser Ziel ist es, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP so weit wie möglich voranzubringen und erfolgreich abzuschließen.

Voraussetzung für die weitere weltweite Entwicklung von Prosperität und Wohlstand, die gerade auch der leistungsstarken deutschen Wirtschaft große Chancen bietet, ist nicht zuletzt der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten. Wir brauchen umwelt- und klimaverträgliches Wachstum, weil die berechtigten Ansprüche von Milliarden Menschen auf Teilhabe anders nicht erfüllt werden können.

Deutschland gehört seit jeher auf europäischer und internationaler Ebene zu den Vorreitern einer ökologisch verantwortlichen Politik. Wir sind Spitzenreiter bei der Ressourceneffizienz und wir haben mit der Energiewende ein Projekt begonnen, das weltweit für viele Länder zum nachahmenswerten Vorbild werden kann.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn dadurch unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet, sondern langfristig sogar gestärkt wird. Deshalb haben wir in den vergangenen beiden Jahren mit der marktwirtschaftlichen Ausrichtung des Ausbaus erneuerbarer Energien, mit einem nationalen Konsens zum Netzausbau und mit einer modernen Strommarktorganisation wichtige Schritte getan, um Versorgungssicherheit, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen. In den kommenden Jahren werden wir nun verstärkt die innovativen technologischen und digitalen Aspekte der Energiewende in den Vordergrund stellen. Wir werden auch in Zukunft darauf drängen, dass andere Länder in vergleichbarer Weise ihrer Verantwortung für den Schutz von Klima und Umwelt gerecht werden.

Die Globalisierung ist ein Prozess, den wir gemeinsam als Europäer und mit unseren internationalen Partnern zum Wohle der Menschen gestalten wollen. Auch deshalb bekennen wir uns zur transatlantischen Partnerschaft. Mit keinem Land außerhalb der Europäischen Union haben wir eine tiefere Verbindung als mit den USA. Unsere beiden Länder bilden eine Wertegemeinschaft, auf deren Grundlage wir die europäisch-amerikanischen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen weiterentwickeln wollen.

Ausblick:

Wir gestalten die Zukunft mit Zuversicht. Deutschland ist ein Land der Chancen. Gewaltige Veränderungen verlangen mutiges und vorausschauendes politisches Handeln. Dabei leiten uns die Prinzipien, die Deutschland erfolgreich gemacht haben, auch im 21. Jahrhundert: Mit Kompetenz, Erfahrung, Fleiß und Neugierde auf Neues wollen wir, dass Europa und Deutschland gestärkt aus diesen Veränderungen hervorgehen. Wir setzen auf die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten in unser Gemeinwesen einzubringen. Wir setzen auf Offenheit und die Einhaltung von Regeln und Vereinbarungen und nicht auf Abschottung und Protektionismus. Dafür steht die CDU, dafür wird unser Wahlprogramm 2017 stehen und hierfür erbitten wir einen erneuten Auftrag des deutschen Volkes.